



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am
23.11.2021**

öffentlich

Ort: Kulturtreff
Am Stadion 6
06122 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:52 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende, Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Christian Moser	Sachkundiger Einwohner
Dirk Neumann	Sachkundiger Einwohner
Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Richard Busch	Sachkundiger Einwohner
Ernst Josef Peter Dehn	Sachkundiger Einwohner
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Solms	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter GB II
Dr. Sabine Odparlik	Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung
Fabian Kirchner	Stadtplaner
Sarah Lange	Protokollführerin

Gäste

Marie-Kristin Gering	Prokuristin Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Stephan Holtz	Rechtsanwalt KKP König & Partner

Entschuldigt fehlten:

Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Markus Heinemann	Sachkundiger Einwohner
Jana Kozyk	Sachkundige Einwohnerin
Nikolas Schröder	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung wurde von **Frau Winkler** eröffnet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winkler wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 4.2

3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030

Vorlage: VII/2020/01534

- **Hierzu liegt ein ÄA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**
- **Behandlung unter TOP 4.2.1**
- **Zum ÄA 4.2.1 liegt ein ÄA der Fraktion MB Die PARTEI vor**
- **Behandlung unter TOP 4.2.1.1**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.10.2021
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Wirtschaftsplan 2022 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2021/03239
 - 4.2. 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030
Vorlage: VII/2020/01534

- 4.2.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030" (VII/2020/01534)
Vorlage: VII/2021/03372
- 4.2.1.1. Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030
Vorlage: VII/2021/03418
- 4.3. Bewerbung für das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
Vorlage: VII/2021/03267
- 4.4. Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 17.02.2021 zur Beantragung weiterer Fördermittel für die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme Scheibe C
Vorlage: VII/2021/03346
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03208
- 5.1.1. Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag VII/2021/03208 der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03271
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.10.2021
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 14. Mitteilungen
- 15. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 16. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.10.2021

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 26. Oktober 2021, diese wurde durch die Ausschussmitglieder bestätigt.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Wirtschaftsplan 2022 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2021/03239**

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Frau Gering das Rederecht erteilt.

Frau Gering führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die zwei zusätzlichen Personalstellen, die im Stadtmarketing besetzt werden sollen und fragte, weshalb die Personalkosten im Planungszeitraum bis 2025 nicht steigen.

Frau Gering antwortete, dass die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH einen Nachtragshaushalt plant, indem die zusätzlichen Personalkosten dargestellt werden. Eine der beiden geplanten Personalstellen wird durch bestehendes Personal besetzt.

Herr Dr. Meerheim fragte, wann der Nachtragshaushalt dem Stadtrat vorgelegt wird.

Frau Gering antwortete, dass dieser zeitnah in die Gremienfolge eingebracht wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.1 Wirtschaftsplan 2022 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2021/03239**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner: einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte: mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 05.10.2021 zu den folgenden Beschlüssen:

1. Der Wirtschaftsplan 2022 wird genehmigt.
2. Die Mittelfristplanung bis 2026 wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030
Vorlage: VII/2020/01534

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030" (VII/2020/01534)
Vorlage: VII/2021/03372

zu 4.2.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030
Vorlage: VII/2021/03418

Herr Kirchner führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Helmich brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Winkler brachte den Änderungsantrag von Frau Dr. Schöps ein und begründete diesen.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Stadtverwaltung die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und die Annahme des Änderungsantrags von Frau Dr. Schöps empfiehlt.

Herr Senius sprach sich für die Zustimmung des Änderungsantrags von Frau Dr. Schöps aus.

Herr Meerheim fragte nach den Gründen der Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Herr Rebenstorf antwortete, dass das Städtebauförderprogramm nicht vorrangig dem Gebäuderückbau dient. Zur Aufwertung des öffentlichen Raumes kann es jedoch nötig sein, ungenutzte und leerstehende Funktionsbauten zurückzubauen, um eventuell verfügbare Grundstücke freizulegen und städtebauliche Missstände zu beseitigen. Daher sollte der Rückbau bzw. Abbruch kleinerer funktionsloser Einrichtungen als Unterziel genannt werden.

Herr Senius fragte, ob die Stadtverwaltung den Änderungsantrag von Frau Dr. Schöps übernimmt.

Herr Rebenstorf bejahte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Änderungsanträge und der Beschlussvorlage.

zu 4.2 **3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030**
Vorlage: VII/2020/01534

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

zugestimmt mit Änderungen

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Sozialer Zusammenhalt“ Neustadt 2030 in der vorliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Sozialer Zusammenhalt“ in Neustadt **mit folgenden Änderungen:**
 - a. **Im Abschnitt „Handlungsfeld 3 Städtebau & Öffentlicher Raum“ (Anlage 1 S. 3, Tabellenzeile 4) wird folgender Text gestrichen: geändert: „Rückbau bzw. Abbruch Nutzungerschließung für kleinerer funktionsloser Einrichtungen (bspw. Kioske und Zwischenbauten), notfalls Rückbau“**
2. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der zur Finanzierung notwendigen Fördermittel in den einzelnen Programm- und Haushaltsjahren erfolgen.

zu 4.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030" (VII/2020/01534)**
Vorlage: VII/2021/03372

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

zugestimmt mit Änderungen

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Beschlussvorschlag wird im Punkt 1 geändert und erhält die folgende Fassung:

1. Der Stadtrat beschließt die 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Sozialer Zusammenhalt“ Neustadt 2030 in der vorliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Sozialer Zusammenhalt“ in Neustadt **mit folgenden Änderungen:**
 - a. **Im Abschnitt „Handlungsfeld 3 Städtebau & Öffentlicher Raum“ (Anlage 1 S. 3, Tabellenzeile 4) wird folgender Text gestrichen: geändert: „Rückbau bzw. Abbruch Nutzungerschließung für kleinerer funktionsloser Einrichtungen (bspw. Kioske und Zwischenbauten), notfalls Rückbau“**

zu 4.2.1.1 **Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030**
Vorlage: VII/2021/03418

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Beschlussvorschlag wird im Punkt 1 geändert und erhält die folgende Fassung:

1. Der Stadtrat beschließt die 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Sozialer Zusammenhalt“ Neustadt 2030 in der vorliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Sozialer Zusammenhalt“ in Neustadt mit folgenden Änderungen:
 - a. Im Abschnitt „Handlungsfeld 3 Städtebau & Öffentlicher Raum“ (Anlage 1 S. 3, Tabellenzeile 4) wird folgender Text ~~gestrichen:~~ **geändert:**
„~~Rückbau bzw. Abbruch~~ **Nutzungserschließung für** kleinerer funktionsloser Einrichtungen (bspw. Kioske und Zwischenbauten), **notfalls Rückbau**“

zu 4.3 **Bewerbung für das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“**
Vorlage: VII/2021/03267

Frau Dr. Odparlik führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Senius sagte, dass es sich um eine freiwillige Maßnahme der Stadtverwaltung handelt. Er fragte, ob die Stadtverwaltung aufgrund der derzeitigen Haushaltslage ein Risiko in der Umsetzung sieht.

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass bereits im Rahmen der derzeitigen Haushaltsplanung so priorisiert wurde, dass das Budget zur Umsetzung zur Verfügung steht.

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf das Blatt 2 mit den Haushaltszahlen und fragte, weshalb die Summe unter den Aufwendungen im Gegensatz zu den Erträgen so gering ist.

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass es sich bei den Aufwendungen um Eigenmittel handelt, die die Stadt zur Umsetzung einbringen muss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.3 Bewerbung für das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
Vorlage: VII/2021/03267**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bestätigt die fristgerecht am 17.09.2021 eingereichte Bewerbung der Stadt Halle (Saale) für das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“.
2. Der kommunale Eigenanteil der Stadt Halle (Saale) zur Finanzierung des städtischen Beitrags wird nach einer Bewilligung des Bundesprogramms in den künftigen Haushaltsjahren gesichert.

**zu 4.4 Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 17.02.2021 zur Beantragung weiterer Fördermittel für die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme Scheibe C
Vorlage: VII/2021/03346**

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Holtz das Rederecht erteilt.

Herr Rebenstorf führte in die Vorlage der Verwaltung ein.

Herr Holtz ergänzte die Ausführungen.

Herr Bernstiel fragte nach den weiteren Planungen des Investors für die Hochhausscheibe C.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es noch eine bestehende Fördermittelvereinbarung in Höhe von 3 Mio. Euro gibt. Hierfür wurden die Ausführungsfristen verlängert. Die Stadtverwaltung wirkt darauf hin, dass das Projekt so entwickeln wird, dass es mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln umsetzbar ist. Es bleibt weiterhin ein Projekt des Investors.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.4 Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 17.02.2021 zur Beantragung weiterer Fördermittel für die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme Scheibe C
Vorlage: VII/2021/03346**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. VII/2021/02131 vom 17.02.2021.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03208**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag VII/2021/03208 der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03271**

Frau Winkler sagte, dass der Änderungsantrag der AfD ihrer Meinung nach unzulässig ist, da er sich auf eine andere Satzung als die im Antrag bezieht.

Herr Heinrich zog den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag VII/2021/03208 der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03271**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum Dezember 2021 einen Beschluss zur Änderung der **Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale)** (Sondernutzungsgebührensatzung) **mit folgender Maßgabe** vorzulegen, mit dem künftig in den Zonen für die Außengastronomie nach der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) im Falle der Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Freisitze (nach Ziffer 3) keine zusätzliche Gebühr für die Nutzung von Markisen (Ziffer 10.1) erhoben wird.

Der § 9 ist um den Absatz (4) mit folgendem Inhalt zu erweitern:

Sondernutzungsgebühren werden für identische Flächen in dem Umfang nicht erhoben, in dem diese deckungsgleich durch Dächer und Markisen überbaut sind, für die durch den identischen Sondernutzer bereits Sondernutzungsgebühren gemäß der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle entrichtet werden.

Herr Senius brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass seine Fraktion einen Antrag zur Änderung der Nutzungsgebührensatzung für den morgigen Stadtrat eingebracht hat. Laut Stellungnahme der Verwaltung soll eine neue Fassung der Satzung im Januar 2022 vorgelegt werden.

Herr Bernstiel schlug eine Vertagung des Antrags oder die Erklärung der Nichtzuständigkeit des Ausschusses bzw. die Verweisung in einen anderen Ausschuss vor.

Herr Senius sagte, dass der Antrag nur in diesen Ausschuss verwiesen wurde. Er würde einer Vertagung zustimmen, wenn die Verwaltung eine Aufnahme des Antrags in die neue Fassung der Nutzungsgebührensatzung zusichert.

Herr Dr. Meerheim schlug vor, den Antrag bis zur Vorlage der geänderten Fassung der Sondernutzungsgebührensatzung zu vertagen.

Herr Dehn machte darauf aufmerksam, dass die derrzeitige Gebührennutzungssatzung vorsieht, dass für Markisen Gebühren erhoben werden. Zurzeit besteht die Situation, dass bis vor anderthalb Jahren, vor einem entsprechenden Personalwechsel in der Verwaltung, diese Markisengebühren bei Gastronomen nie erhoben worden sind, obwohl die Gebührensatzung dies vorgesehen hat.

Im Jahr der Pandemie ist den Gastronomen erstmals mitgeteilt worden, dass diese Gebühr entrichtet werden muss. Aufgrund eines Stadtratsbeschlusses wurden die Gebühren für die Gastronomen während der pandemischen Lage ausgesetzt. Seit dem 1. November 2021 gilt die jetzige Satzung. Daher sprach er sich gegen eine Vertagung aus und bat um die Beauftragung der Verwaltung in diesem Bereich tätig zu werden.

Zudem wurde kein konkreter Änderungsvorschlag unterbreitet, da bei Tischen und Stühlen bzw. den Markisen unterschiedliche Zeiträume für die Abrechnung veranschlagt werden. Markisen werden beispielsweise jährlich abgerechnet.

Zum zurückgezogenen Änderungsantrag der AfD merkte er an, dass der Beschlussvorschlag eine Verdopplung der Gebühren und somit eine Verschlechterung für die Gastronomen bedeutet hätte.

Herr Helmich sagte, dass er die Bedenken der SPD-Fraktion teilt. Er bedauerte, dass kein Vertreter der Stadtverwaltung für eine Stellungnahme zum Antrag anwesend ist.

Herr Senius sprach sich gegen eine Vertagung aus. Er bat bis zur morgigen Stadtratssitzung, die Stellungnahme anzupassen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

**zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03208**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum Dezember 2021 einen Beschluss zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung vorzulegen, mit dem künftig in den Zonen für die Außengastronomie nach der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) im Falle der Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Freisitze (nach Ziffer 3) keine zusätzliche Gebühr für die Nutzung von Markisen (Ziffer 10.1) erhoben wird.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Bernstiel zum Weihnachtsmarkt

Herr Bernstiel bat um einen aktuellen Stand und Prognose zum diesjährigen Weihnachtsmarkt.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass der Fachbereich 80 nicht in die Planungen des Weihnachtsmarktes eingebunden ist.

Herr Rebenstorf sicherte eine Berichterstattung zur morgigen Stadtratssitzung zu.

Herr Bernstiel regte eine Einbeziehung des Fachbereiches Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung in die künftigen Planungen des Weihnachtsmarktes an, um auch aus Sicht der Wirtschaftsförderung eine Stellungnahme abgeben zu können.

zu 8.2 Herr Senius zum Weihnachtsmarkt

Herr Senius bezog sich auf die Frage von Herrn Bernstiel und sagte, dass die Stadtverwaltung frühzeitig gegenüber den Händlerinnen und Händler Transparenz schaffen muss, ab welchem Zeitpunkt in der Verwaltung darüber nachgedacht wird, den Weihnachtsmarkt zu beenden.

Frau Winkler stimmte der Einbeziehung des Fachbereiches 80 in die Planungen des Weihnachtsmarktes zu.

Herr Bernstiel sagte, dass auch frühzeitig über mögliche Kompensationsmöglichkeiten für Händlerinnen und Händler nachgedacht werden muss, sollte es zu einer Schließung des Weihnachtsmarktes kommen.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Winkler zur Toilette am Domplatz

Frau Winkler regte an, den Toilettenstandort am Domplatz zu überdenken, da die Toilette derzeit zwischen zwei Ständen platziert wurde.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Winkler beendete den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Sarah Lange
Protokollführerin